



Grosses Mass an Korruptionen im Iran:



Wie eine Reihe persischer Webseiten berichtet, hat Dr. Abbas Palizdar, ein hochrangiger Funktionär des iranischen Justizapparats (Dabir-e Komite-ye Tahqiq va Tafahoss-e Qove-ye Qaza'iyeh) begonnen, auszupacken.

Er beschuldigte über 50 hochrangige Staatsmänner, darunter neun sehr einflussreiche und bekannte iranische Geistliche konkreter korrupter Handlungen.

Seite 5



Die grösste Massenhinrichtung in den letzten Jahren im Iran

Es ist die erste Massenhinrichtung seit fast 30 Jahren: Im berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis sind 29 Todesurteile vollstreckt worden. Vorher sagten die Häftlinge noch vor laufender Kamera aus, sie hätten ihre Strafe verdient!

Das Teheraner Evin-Gefängnis gilt als härtestes Gefängnis Irans, etliche politische Gefangene sitzen hier ein. Immer wieder beklagen Menschenrechtler die Zustände in der Anstalt.

Seite 2



EU protestiert
gegen geplante
Hinrichtung
zweier
Jugendlicher

Seite 3



amnesty
international:
Iran verletzt
weiter
Menschenrechte
der Kurden

Seite 3

Bundesrat will
keine eigene
Vermittlung
mehr gegenüber
Iran

Seite 4



Hungerstreik
über den
Dächern von
Brüssel

Seite 8

Iran lässt 29 Menschen aufhängen

Es ist die erste Massenhinrichtung seit fast 28 Jahren: Im berühmten Teheraner Evin-Gefängnis sind 29 Todesurteile vollstreckt worden. Vorher sagten die Häftlinge noch vor laufender Kamera aus, sie hätten ihre Strafe verdient!

Teheran - Sie waren laut Urteil Mörder, Vergewaltiger und Drogenhändler - nun hat Iran sie hinrichten lassen. 29 Menschen starben im Teheraner Evin-Gefängnis durch Erhängen. Die Einrichtung gilt als härtestes Gefängnis Irans, etliche politische Gefangene sitzen hier ein. Immer wieder beklagen Menschenrechtler die Zustände in der Anstalt.

Dort spielte sich nun die erste Massenhinrichtung dieser Dimension im Land seit 28 Jahren ab. In Iran werden Todesurteile meist durch Erhängen vollstreckt. Bei einer anderen Hinrichtungsaktion wurden in diesem Monat schon einmal mindestens zehn Personen getötet. Im vergangenen September liess der Staat 21 Menschen umbringen, allerdings an zwei verschiedenen Orten.

Das iranische Staatsfernsehen IRIB sendete vor ihrer Exekution Interviews mit zehn der Verurteilten. Sie gaben vor der Kamera an, ihre Strafe verdient zu haben.

"Alle hatten Vorstrafen und begingen erneut Kapitalverbrechen wie Mord oder Drogenhandel", sagte der Teheraner Staatsanwalt Said Mortasawi* laut Webseite des iranischen Staatsfernsehens IRIB. Die Verurteilten seien durch den Strang gestorben, hiess es weiter. "Wir werden Teheran zum unsichersten Ort für Mörder und Drogenhändler machen", sagte Mortasawi weiter.

Im vergangenen Jahr waren in Iran mindestens 317 Menschen hingerichtet worden, viele von ihnen öffentlich. Das Land liegt damit hinter China (470) an zweiter Stelle der weltweiten Statistik, die die Menschenrechtsorganisation Amnesty International erhoben hat.

Acht Frauen drohe die Hinrichtung durch Steinigung, welche trotz internationaler Appelle „jeden Moment“ ausgeführt werden könne,

befürchtet Shadi Sadr von der Organisation „Volunteer Lawyers Network“.

Auch für Internetvergehen?

Im Iran wurde die Todesstrafe in diesem Jahr bereits 178 Mal vollstreckt. Weitere 74 Menschen, die Verbrechen als Jugendliche begangen haben, warten nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen seit Monaten auf den Henker.

Der Iran kennt die Todesstrafe wegen Mord, Vergewaltigung, bewaffneten Raubüberfalls, Drogenhandel und Ehebruch. Derzeit diskutiert das Parlament ein Gesetz, wonach künftig auch für Internetvergehen die Todesstrafe verhängt werden kann. Wer für schuldig befunden werde, im Netz für Korruption, Prostitution oder Gotteslästerung zu werben, könnte dann mit dem Tod bestraft werden.

* Angesichts des Fehlens einer unabhängigen Justiz im Iran kann über den Wahrheitsgehalt seiner Behauptung nichts gesagt werden. Was allerdings zur Person von Said Mortasawi gesagt werden kann, ist, dass er höchstpersönlich die iranischstämmige kanadische Journalistin Zahra Kazemi im Evin-Gefängnis zu Tode gefoltert hat, was seinerzeit zu diplomatischen Problemen mit Kanada geführt hat.

Das Hängen geht weiter!



Mittwoch, 30.07.2008. Im Gefängnis der Stadt Isfahan, sind zwei Verurteilte gehängt worden. Yaser K wurde wegen Mordes an seinem Schwager zum Tode verurteilt, der 33jährige Mahmoud, da er im Jahre 2006 im Streit um eine nicht zurückgezahlte Geldsumme seinen Freund niederstach, wobei dieser an seinen schweren Stichverletzungen im Krankenhaus starb. Eine weitere Hinrichtung wurde in Zahedan vollzogen. Bei dem Delinquenten handelte es sich um einen verurteilten Rauschgiftschmuggler. Bereits am Sonntag, fanden in der Stadt Qom drei Personen im Gefängnis den Tod. →

Iran ist kein Rechtsstaat!

Zur Tatzeit Jugendlicher hingerichtet!



Am 02.07.2008 wurde im Gefängnis der Stadt Isfahan der 19jährige Q Hamid Reza am Galgen hingerichtet. Er wurde wegen Mordes im Jahre 2006 zum Tode verurteilt. Reza erstach einen Freund, nachdem

dieser seine Schulden in Höhe von 250 000 Rials nicht zurückzahlte. Im Iran werden immer wieder Todesurteile an Personen vollstreckt die zur Tatzeit noch keine 18 Jahren waren. Laut Aussage des Iranischen Justizministeriums werden keine jugendlichen Straftäter im Iran hingerichtet.

Doch die Medien des Landes berichten immer wieder von Hinrichtungen an Jugendlichen, wie zum Beispiel im Juni diesen Jahres von der Exekution des erst 17jährigen Mohammad Hassanzadeh in Sanandaj. □

EU protestiert gegen geplante Hinrichtung zweier Jugendlicher



Die EU hat sich ihr tiefer Besorgnis über die geplante Hinrichtung zweier Jugendlicher im Iran geäußert.

Die Entscheidung der Regierung im Iran, die Todesstrafe gegen Mohammad Fadaei und Behnud Shujai trotz internationaler Proteste zu vollstrecken, sei beklagenswert, heisst es in einer Erklärung der französischen EU-Ratspräsidentschaft.

Welche Verbrechen den Jugendlichen zur Last gelegt werden, gab Teheran nicht bekannt.

Hinrichtungen von Jugendlichen seien eine offensichtliche Verletzung internationaler Verpflichtungen, die der Iran eingegangen sei, heisst es in der EU-Erklärung. Im Juni wurde im Iran ein 16-Jähriger hingerichtet. Nach Angaben von Human Rights Watch sollen in diesem Sommer Todesstrafen gegen vier weitere Jugendliche vollstreckt werden.

Auch Forderung nach sofortigen Stopp von Steinigungen

Die Europäische Union hat den Iran auch zu einem sofortigen Stopp der Ausübung der Todesstrafe durch Steinigung aufgefordert. Teheran solle seine Verpflichtungen aus internationalen Verträgen respektieren und «im Gesetz und in der Praxis die Ausübung grausamer und entwürdigender Strafen, insbesondere der Steinigung, abschaffen», steht es in einer anderen Erklärung.

Das Staatenbündnis kritisierte sowohl die gestiegene Zahl der Hinrichtungen als auch Pläne, die Todesstrafe auszuweiten. So könne diese einem neuen Gesetzesvorschlag zufolge künftig auch für die Erstellung von Internetseiten verhängt werden, die die „psychologische Sicherheit der Gesellschaft“ gefährdeten.

Dies sei unverhältnismässig und beschränke die Meinungsfreiheit auf brutale Weise, hiess es in der Stellungnahme der EU. Alle Hinrichtungen müssten daher gestoppt werden.

Berichten von Menschenrechtsgruppen zufolge wurden im Iran jüngst acht Frauen und ein Mann in voneinander unabhängigen Fällen zum Tod durch Steinigung verurteilt. Nach der im Iran praktizierten strikten Auslegung des islamischen Rechts ist Steinigung die Strafe für Ehebrecher. Männer werden dabei bis zur Hüfte eingegraben, Frauen bis zum Kopf. Dann wird mit Steinen auf sie geworfen, bis sie tot sind. Die grausame Todesstrafe wurde nach der Revolution im Jahr 1979 wieder eingeführt.

Die EU erklärte, Teheran habe sich international zu einem Moratorium bei Steinigungen verpflichtet. Die soeben verhängten Urteile gegen die Ehebrecher sollten umgewandelt werden. □


amnesty international:
Iran verletzt
weiter
Menschenrechte
der Kurden



Laut amnesty international verletzt der Iran weiterhin die Menschenrechte von Kurden.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Die Regierung in Teheran schütze die Minderheit nicht ausreichend und komme somit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nach. Das geht aus einem in London veröffentlichten Bericht der Menschenrechtsorganisation hervor. Frauen seien mehrfach benachteiligt. Denn sie lebten in einer patriarchalischen Gesellschaft und ohnehin an den Rand gedrängt. Zudem litten Frauen unter mangelnder Bildung, Zwangsverheiratung und familiärer Gewalt bis hin zu sogenannten Ehrenmorden. Zugleich befürchtet amnesty, dass die Unterdrückung von Kurden, insbesondere von Menschenrechtsaktivisten, zunimmt. Beispiele dafür seien die Verhaftung und Verurteilung einiger Kurden, die als politische Häftlinge anzusehen seien. 

Bundesrat will keine eigene Vermittlung mehr gegenüber Iran



Die Schweiz werde im iranischen Atomstreit «keine eigene

Rolle mehr spielen», sagt Bundespräsident Couchepin.


«Seit einigen Wochen ist unsere Position in der Iran-Politik ganz klar», sagt Bundespräsident Pascal Couchepin: «Es gibt keine eigene Initiative der Schweiz mehr, wir suchen keinen Sonderweg, sondern unterstützen in dieser Frage die Anstrengungen der P5+1-Länder – und wir hoffen, dass Iran einlenkt.»

Die P5+1-Länder, das sind China, Frankreich, England, Russland, die USA plus Deutschland. Couchepin stützt seine Aussage auf einen Entscheid des Bundesrates. Dieser sei vor zirka vier Wochen gefallen, als man die neue Botschafterin für Iran ernannt habe, sagt er. Man habe klar festgehalten, dass «wir keine eigene Rolle mehr in diesem Spiel spielen wollen».

Die Schweiz hatte sich seit gut zwei Jahren mit einem eigenen Vermittlungsvorschlag – dem «Swiss Paper» – im Atomstreit engagiert. Über diese Initiative zeigten sich unter anderem Vertreter

von Grossbritannien und der USA «besorgt»; und sie führte bereits früher zu Diskussionen im Bundesrat.

Das Aussendepartement nimmt den jüngsten Entscheid nicht als Kehrtwende wahr. «Die Schweiz hat sich stets für eine diplomatische Lösung in der iranischen Nuklearfrage eingesetzt und die Partner ermutigt, auf der Basis von gegenseitigen vertrauensbildenden Massnahmen nach Lösungen zu suchen», sagt Informationschef Jean-Philippe Jeannerat. Er betont, dass das Departement «nie eigenständig ausserhalb der vom Bundesrat definierten Aussenpolitik gehandelt» habe und dass «die Schweizer Diplomatie mit den Geneva Talks am 19. Juli einen Beitrag zum Dialog leisten konnte».


Dem Vernehmen nach hat Micheline Calmy-Rey im Bundesrat auch nicht gegen den Entscheid opponiert. Als neue Botschafterin in Iran wurde laut mehreren Quellen Livia Leu ernannt; sie ersetzt Philippe Welti. Leu ist Leiterin der Politischen Abteilung II und mit dem Dossier Iran vertraut. 



Afghanische Regierung: Iran Haupteinfallstor für Extremisten

Der Iran ist nach Angaben einer afghanischen Regierungszeitung das Haupteinfallstor für ausländische Extremisten nach Afghanistan.

Über das Land könnten sich Extremisten aus dem Nahen Osten am leichtesten Zugang nach Afghanistan verschaffen, meldete die Tageszeitung "Anis" in ihrer Ausgabe. Die Regierung in Kabul müsse alle möglichen Massnahmen ergreifen, um dies zu stoppen, hiess es weiter. Drei ausländische Extremisten, zwei aus dem Nahen Osten und einer aus der Türkei, seien vor kurzem bei einem Militäreinsatz festgenommen worden. Untersuchungen hätten ergeben, dass sie alle über den Iran eingereist seien.

Der Iran ist der Zeitung zufolge vor allem ein "Tunnel für Terroristen" nach Waziristan. Die Region gilt als Unterschlupf für Islamisten und Verbündete der Taliban, die von dort aus zu Anschlägen nach Afghanistan aufbrechen. 

Iran ist kein Rechtsstaat!

Grosses Mass an Korruptionen im Iran:



Wie eine Reihe persischer Webseiten berichtet, hat Dr. Abbas Palizdar, ein hochrangiger Funktionär des iranischen Justizapparats (Dabir-e Komite-ye Tahqiq va Tafahoss-e Qove-ye Qaza'iyeh) begonnen, auszupacken. Am Samstag, den 3. Mai 2008, sprach Dr. Abbas Palizdar vor Studen der Universita't Hamedan und am 27. Mai vor Studenten der Universität Shiraz (Schiras). Er beschuldigte über 50 hochrangige Staatsmänner, darunter neun sehr einflussreiche und bekannte iranische Geistliche konkreter korrupter Handlungen.

Er bezieht sein Wissen aus ihm vorliegende Ermittlungsakten und schildert auch, wie die Verfahren endeten. Die Täter wurden teilweise von der Justiz freigesprochen oder zu so geringen Geldstrafen verurteilt, dass man damit im Iran nicht mal ein Ei kaufen könnte.

Die Vorwürfe im Einzelnen:

1. Ayatollah Emami Kaschani (Mitglied des Wächterrats)


Der Sekretär des Ermittlungs- und Untersuchungskomitees des Justizapparats öffnete vor einer Studentenversammlung an einer Universität in Hamedan den Vorhang der wirtschaftlichen Korruption im Iran. Der Weblog "Man wa shoma" hat einen Teil seiner Worte seiner Rede entnommen, die gefilmt wurde, und die im folgenden zitiert werden:

"Einer von den geistlichen Herrschaften ist gekommen und hat gesagt: Ich habe eine körperlich behinderten Sohn und will eine Rehabilitierungsstiftung aufbauen, damit mein Sohn unter meiner Aufsicht bleibt, und diese Stiftung haben wir auch schon registriert. Und dann kam er und sagte: Ich brauche finanzielle Stiftung, geben Sie mir den Bergbaubetrieb Soundso in Dehbid (Provinz Fars),

sprich den besten Bergbaubetrieb der Welt. Dann kam er wieder und sagte: Das ist zu wenig, überlassen Sie mir dazu noch eine weitere Mine in der Provinz Zenjan (Sendschan). Bis heute hat dieser Herr unter dem Vorwand der finanziellen Unterstützung für seine Rehabilitierungsstiftung vier Minen in seinen Besitz gebracht." Darauf fragten die Studenten beharrlich nach, wie denn diese Person heisse, worauf Palizdar sagte: Es handelt sich um den Ayatollah Emami Kaschani (Mitglied des Wächterrats und einer der vier regelmässigen Freitagsprediger von Teheran).

2. Ayatollah Yazdi (Ehemaliger Leiter der Justiz, ehemaliges Mitglied des Wächterrats, jetzt Mitglied des Expertenrats und Generalsekretär eines sehr einflussreichen geistlichen Gremiums in Qom (Dabir Jame'e-ye Rouhaniyat-e Houze-ye Elmiye-ye Qom)

„Der Ayatollah ging zum Führer (=Ayatollah Chamene'i) und sagte: Ich möchte für die "Schwestern" (Anrede für Muslimas) in Qom eine Universität in Qom einrichten. Dies wurde genehmigt. Direkt nach dieser Genehmigung kümmerte er sich um finanzielle Unterstützung. Er verlangte: Überlasst uns die Plastik-Fabrik "Dena". Herr Nematzade (ein verantwortlicher Beamter) versprach, ihm die Fabrik für 126 Milliarden Tuman zu überlassen. Dabei hatte die Fabrik einen wirklichen Wert von 600 Milliarden (Tuman). Dann hat er (der Ayatollah) Herrn Nematzade einen Brief geschrieben und um Preisnachlass gebeten. Nach mehrfachem Briefwechsel fiel der Preis auf 10 Milliarden. Und dann sagte er: Wir haben kein Geld. 80 Prozent bezahlen wir in Raten. Nematzade akzeptierte das. Und dann sagte er: Die übrigen 20 Prozent haben wir im Moment auch nicht zur Verfügung. Nach dem Verkauf von Immobilien der Firma zahlen wir den Betrag. So einfach kam der Ayatollah in den Besitz dieser Firma. Und einige Zeit später verkaufte er die Firma auf der Börse." „Kürzlich schrieb Ayatollah Yazdi an den Industrieminister Foruzesh: Mein Sohn Hamid ist arbeitslos. Bitte richten Sie es so ein, dass er Holz aus den Wäldern im Nordiran exportieren kann.

Dabei war Hamid-e Yazdi zum selbigen Zeitpunkt Generaldirektor im Justizapparat, 

Iran ist kein Rechtsstaat!

also nicht arbeitslos. So wurden die Wälder des Nordens geplündert. Dann sind sie hingegangen und haben die einheimische Bevölkerung im Nordiran verhaftet, die nicht mehr als ihr Brennholz aus den Wäldern besorgt hatten. Darauf kam es im Nordiran zu Unruhen vor dem Gefängnis (worauf die Behörden gezwungen waren, die Gefangenen freizulassen).

3. Hodschat-ol-Eslam Ali-Akbar Nateq Nuri, Vorsitzender für Sonderermittlungen des Amts von Ayatollah Chameine'i (Ra'is-e Bazresi-ye Vizhe-ye Daftar-e Ayatollah Ali Chamene'i), zusammen mit **Mohsen Rafiqdust** (einer der Gründer der Sepah-e Pasdaran, d.h. der Revolutionswächter), **Habibollah Asgarouladi** (einer der wichtigsten Kapitaleigner im Basar, Generalsekretär der „Islamischen Koalitionspartei“, Financier für die Wahl verschiedener Politiker, spielte früher eine wichtige Rolle bei der Wahl Ahmadineschads zum Präsidenten) und zwei weitere Personen.

„Die Fabrik Iran Khod-rou (iranische Automobilfabrik) lieferte dem iranischen Justizapparat ausserhalb jeglicher gesetzlicher Regeln Autos vom Typ „Persia“ zum halben Preis, wobei die andere Hälfte in Raten zu bezahlen war (d.h. jeder einflussreiche Staatsanwalt oder Richter konnte dieses Auto zu so günstigen Konditionen kaufen). Einige der Käufer bezahlten nicht einmal diese Raten, sobald das Auto auf ihren Namen registriert war. Das führte zu diversen Protesten. So trat eine Stiftung namens „Nahj ol-balaaghe“ (Buch über die Taten und Worte des ersten Schiiten-Imams Ali) auf, die von der Fabrik verlangte: Wir brauchen 500 Autos zu den gleichen Konditionen. Und was glauben Sie, wer sind die Mitglieder dieser Stiftung „Nahj ol-balaaghe“? Die Herren Ali-Akbar Nateq Nuri, Rafiqdust, Asgarouladi, Hossein Dinparvar und Mo'ez.

4. Ayatollah Alam ol-Hoda (Freitags-Imam von Maschhad, Vertreter des Revolutionsführers Ayatollah Chamenei in Maschhad, Mitarbeiter von Ayatollah Abbas Wa'ez Tabbasi, dem Verantwortlichen für die Reza-Stiftung (Astan-e Qods-e Razavi) sowie **Ali Fallahian** (ehemaliger Geheimdienstminister, laut Mykonos-Prozess Mitverantwortlicher für den Mord an iranischen Kurdenführern in Berlin)

(Immer noch in Zusammenhang mit den günstigen Autolieferungen von Iran Khod-rou)

„Dann traten zwei weitere Institutionen Bashgah-e Perspolis (Sportclub Persepolis) unter der Leitung von Abeddini und die Stiftung „Bonyad-e Hamgera'i-ye Andishe“ (Stiftung der gemeinsamen Ausrichtung des Denkens) auf und sagten: Wir wollen ebenfalls von diesen Autos. Dabei ist anzumerken, dass die Stiftung „Bonyad-e Hamgera'i-ye Andishe“ dem Ayatollah Alam ol-Hoda (Freitags-Imam von Maschhad) und Hodschat ol-Eslam Ali Fallahian, dem ehemaligen Geheimdienstminister, gehört.“

5. Ayatollah Abbas Wa'ez Tabbasi, Verantwortlicher der Reza-Stiftung (Astan-e Qods-e Razavi)

„Zwölf grosse Minenbetriebe in der Provinz Chorasán gehören dem Ayatollah Wa'ez Tabbasi. Und die Akte Al-Makaseb betrifft seinen Sohn.“

(Hier wird geht der Text nicht weiter ins Detail. Jedenfalls geht es in der Akte „Al-Makaseb“ darum, wie der Sohn des Ayatollahs sich unter Berufung auf die hohe Stellung seines Vaters Hotels, Grundstücke und verschiedene Fabriken angeeignet hat, ohne dafür zu bezahlen. Die Eigentümer gingen zwar vor Gericht, konnten aber nichts gegen ihn ausrichten. Die Akten existieren aber.)

6. Ayatollah Mesbah-e Yazdi und Ayatollah Makarem-e Shirazi (beide haben eine einflussreiche islamische Schule und sind anerkannte Rechtsgelehrte und Mitglied des Expertenrats und haben so grossen Einfluss auf den Wächterrat, dass jedes Gesetz, das im Parlament vorgelegt wird und ihnen missfällt, vom Wächterrat als unislamisch blockiert wird)

„Über den Zucker-König und die Zucker-Mafia (gemeint sind die beiden) muss ich sagen, dass sie bereit waren, 700 Milliarden Tuman zu bezahlen, damit ihre Akte beiseite gelegt wird.“ (Die Produktion und der Import des Zuckers liegt in der Hand der Familien der beiden Ayatollahs, die allerdings ihre Söhne etc. als Eigentümer vorschoben, um nicht direkt in die Schusslinie der Kritik zu geraten. Aufgrund von Beschwerden der Arbeiter im Zuckerrohrsektor (z.B. Shekar-e Haft-Tape) ist in der Justiz eine dicke



Akte über sie abgelegt worden, die auf diese Weise in eine Sackgasse gelangt ist.

7. Ayatollah Akbar Hashemi Rafsanjani (ehemaliger Präsident, jetzt Vorsitzender des Expertenrats und Vorsitzender des Rats zur Wahrung der Interessen des Systems, einer der grossen Kapitalisten des Irans)

„Ein Drittel der Insel Kish (einer steuerfreien Zone für ausländische Investoren!) und der Park-e Jangali-ye Chitgar (ein Vergnügungspark bei Teheran) gehören der Familie von Akbar Hashemi Rafsanjani, worauf eine Akte über die Korruption der Familie zusammengestellt wurde (in der Folge von Beschwerden Dritter). Gegenwärtig betragen die Ausgaben des Gestüts von Rafsanjanis Tochter für die Verfütterung von Melonen an ihre Pferde – als Nachtisch – 100.000 Tuman (während ein Arbeiter im Iran am Tag 6.000 Tuman verdient). Über die Erdölgesellschaft dieser Familie, die in Kanada gegründet wurde, will ich gar nicht weiter reden. Der mittlere Sohn Mehdi Hashemi, Direktor der Firma für Treib- und Brennstoffe, stellte die hübschesten Mädchen in seiner Firma an und missbrauchte sie. Filme hierüber wurden in seinem Büro entdeckt.“

Kommentar:

Alles, was aus den Reaktionen verschiedener iranischer Kreise zu diesen Erklärungen hervorgeht, weist darauf hin, dass die Vorwürfe von Dr. Abbas Palizdar zutreffen. Abbas Palizdar wurde verhaftet. Hossein Shariatmadari, der Herausgeber der Zeitung „Keyhan“ (Teheraner Version), der offensichtlich auch von Palizdar beschuldigt wurde (Einzelheiten drangen allerdings nicht an die Öffentlichkeit), schrieb in einem Artikel, dass Dr. Abbas Palizdar nicht allein auftrete, sondern einem Team angehöre, das viele Informationen auch aus dem militärischen und Sicherheitsbereich zusammengestellt habe, zu denen Palizdar aufgrund seiner Funktion gar keinen Zugang haben könne. Diese Informationen hätten sie zur eigenen Absicherung diversen Stellen zugeleitet, so dass sie im Falle einer Verhaftung mit deren Veröffentlichung drohen könnten. Es sei wichtig, diejenigen herauszufinden, die Palizdar diese Informationen besorgt hätten.

Nachdem also an der Richtigkeit der Anschuldigungen Palizdars kaum Zweifel bestehen dürften, sollten wir uns der Frage zuwenden, warum sie veröffentlicht wurden, welchen Zweck die Veröffentlichung verfolgt und wer dabei ausgespart wurde.

Die letztgenannte Frage lässt sich rasch beantworten: In die Schusslinie der Korruptionskritik sind vor allem jetzige Gegner und Konkurrenten von Präsident Ahmadinejad geraten. Ziel der Kritik dürfte also sein, bestimmte Geistliche und Politiker in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Die Ursachen hierfür dürften im weiteren Rahmen der iranischen Innen- und Aussenpolitik zu suchen sein.

So ist der Geistlichkeit bewusst, dass die Unruhe in der Bevölkerung aufgrund des sinkenden Volkseinkommens und der hohen Arbeitslosigkeit immer explosiver wird. Als Antwort auf dieses Problem gibt es zwei Ansätze, deren Anhänger sich sowohl in der Geistlichkeit als auch in ihrem bewaffneten Arm, den Pasdaran, finden. Der eine Ansatz besagt, dass man in der Frage der Uran-Anreicherung auf das Angebot der Industriemächte eingehen solle und sich im Gegenzug den Zufluss von Investitionen ins Land sichern sollte, um so den Arbeitsmarkt zu beleben und die Unruhe in der Bevölkerung zu reduzieren. Um diesen Ansatz zu verfolgen, ist die Entfernung von Ahmadinejad und seiner Leute von der Macht erforderlich, da er mit seinem scharfzüngigen Auftreten auch gegenüber Israel eine Belastung für jede glaubwürdige Öffnung darstelle.

Der andere Ansatz, der von Ahmadinejad und seinen geistlichen Unterstützern vertreten wird, besagt, dass eine solche Öffnung zum Untergang des Systems führen würde und die Geistlichkeit am Schluss nichts mehr zu sagen hätte. Sie befürworten eine Militarisierung des Systems, müssen allerdings ebenfalls auf die Stimmung in der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Deshalb schlagen sie vor, anstelle von Subventionen zum Beispiel für Nahrungsmittel jeder Familie direkt Bargeld auszubezahlen, das aus den Erdöleinnahmen stammt. Vor Sanktionen müsse man keine Angst haben, weil der Iran dann mit Gottes Hilfe mit eigenen Entdeckungen und Erfindungen eines Ausweges finden würde.



Zugleich müsste im Fall einer Militarisierung verhindert werden, dass die Gegenseite die Bevölkerung mobilisieren kann, was am leichtesten über die Diskreditierung der Gegner machbar sei. Das heisst, man macht dem breiten Publikum bekannt, was für korrupte Menschen die Politiker und Geistlichen sind, die die Gegenposition zu Ahmadinejad und seinen Leuten vertreten. Sollte sich diese Linie durchsetzen, ist damit zu rechnen, dass ein Teil der Pasdaran für einen Putsch eingesetzt wird, der von der Verhaftung zahlreicher Studentenführer, Gewerkschaftsführer, Frauenrechtlerinnen und natürlich der Geistlichen und Politiker der Gegenseite begleitet wäre. Denn nur so liesse sich für einige Zeit die Proteststimmung in der Bevölkerung unterdrücken.

Sichtbar ist schon jetzt, dass sich beide Seiten auf den Konflikt vorbereitet haben. Dr. Palizdar wurde demnach mit seiner Kritik von Ahmadinjads Leuten vorgeschickt. Nächster Schritt war seine Verhaftung, wohl das Werk der kritisierten Geistlichen. Nächste Etappe waren Demonstrationen von mehreren tausend Menschen in Teheran und Maschhad, die die Freilassung von Dr. Palizdar forderten und wohl nicht nur von menschenrechtsbewegten Aktivisten ausgingen. Die Demonstranten wurden von Polizisten und Herren in Zivil besonders massiv angegriffen und verhaftet.

Die kritisierten Geistlichen gehen vorerst noch nicht dazu über, ihre Dossiers über Ahmadinejads Amtszeit als Bürgermeister von Ardabil und Teheran oder über den Sohn des Revolutionsführers Chamenei zu veröffentlichen, weil auch die Gegenseite noch einige Akten in der Hand hält. Vorerst beschränken sich die Kritisierten darauf, Ahmadinejad in der iranischen Öffentlichkeit als ungläubwürdig und schädlich darzustellen, da er mit seinem kompromisslosen Auftreten in der Uranfrage zu einer weiteren Isolierung des Irans führe und die Wirtschaftskrise vertiefe. Sie weisen in ihren Zeitungen ständig darauf hin, dass Ahmadinejad unfähig ist, zu regieren und die Probleme des Landes zu lösen. Natürlich bereiten sie sich auch auf die drohende Verhaftungswelle vor, indem sie ihre eigenen Leute unter den Pasdaran organisieren. Diese Aktivitäten bleiben aber vorerst im Dunkeln. □

Hungerstreik über den Dächern von Brüssel

Etwa 40 Eingewanderte und abgelehnte Asylbewerber halten seit Tagen sechs grosse Baukräne im Zentrum der Stadt besetzt. "Sans Papiers haben keinen Urlaub", meint einer ihrer Unterstützer und es klingt ziemlich bitter.

Es sollen 100 000 im ganzen Land sein, einige Zehntausend in Brüssel, die ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis oft schon jahrelang in Belgien leben. Sie hatten gerade in diesen Wochen gehofft, an ihrer Situation könnte sich etwas ändern, denn die belgische Regierung hat ein neues Einwanderungs- und Asylrecht angekündigt. Doch das neue Gesetz gibt es noch nicht, und die Regierung ist in den Ferien.

"Symbolischer geht es nicht", so lautet der Kommentar der Zeitung Het Laatste Nieuws. Auch andere Zeitungen kritisieren Premier Yves Leterme und seine Minister, die mitten in einer sich zuspitzenden Krise Urlaub machen. Dass es Probleme geben würde, musste den Politikern bewusst sein. Bereits vor Monaten sind viele Sans Papiers in Brüssel in den Hungerstreik getreten, Hunderte illegal Eingewanderte zogen dafür in leerstehende Häuser, in Kirchen und in Gemeindesäle, meistens mit Unterstützung, zumindest aber ohne Gegenwehr der Pfarrer und Kommunen. Auch ein Baukran wurde in der vergangenen Woche schon einmal besetzt, von zwei Migranten aus Iran. Die beiden Männer kletterten aber wieder herunter.

Nur einen Teil dieser Hungerstreiks konnte die Regierung notdürftig beenden. Sie hat dabei widersprüchliche Signale ausgesendet, was die Situation weiter aufgeheizt hat. Annemie Turtelboom, die liberale Ministerin für Migration und Asylpolitik, gewährte 140 Sans Papiers, die 56 Tage lang in der Brüsseler Beginenkirche gehungert hatten, eine neunmonatige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Für 39 Sans Papiers in der Kirche Saint Curé gab es nach 69 Tagen Hungerstreik dagegen nur ein Aufenthaltspapier für drei Monate. Auch den 60 Migranten, die seit dem 7. April in einem Gebäude der Brüsseler Universität ohne Nahrung ausharren, bot man drei Monate legalen Aufenthalt und medizinische Hilfe an. □